Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/332

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/1 — 31109 — 5026/66

Bonn, den 22. Februar 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 4. Februar 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der deutsche, koreanische und englische Wortlaut des Vertrages und des Protokolls vom 4. Februar 1964, ein zum Vertrag gehöriger Briefwechsel sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 291. Sitzung am 11. Februar 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister des Innern
Lücke

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 4. Februar 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Seoul am 4. Februar 1964 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll vom gleichen Tage und dem Briefwechsel vom 18. Oktober 1963 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 10, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

독일 연방 공화국과 대한 민국간의 투자 증진과 상호 보호에 관한 조 약

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REPUBLIK KOREA

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei wird bemüht sein, in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zuzulassen und sie nach Möglichkeit zu fördern. Sie wird diese Kapitalanlagen in jedem Falle gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht deshalb einer weniger günstigen Behandlung als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder als Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten unterworfen werden, weil sie im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der erstgenannten Vertragspartei stehen.

독일 연방 공화국과
대한 민국은,

양국간의 경제 협력을 강화할 것을 희망하며,
어느 일방국의 국민과 회사가 타방국의 영토내에서 행하는 투자에 대하여 유리한 조건을 조성하기 위하여,
이와한 투자에 대한 법정상의 보호가 민간 기업의 창의를 고무하고 양국민의 번영을 증진할 것이라 인정하므로,
다음과 같이 합의하였다.

제 1 조

(1) 각 체약국은 그 영토내에서 자국의 법규에 의거하여, 타방 체약국의 국민과 회사에 의한 투자를 허용하고, 가능한 한 이와한 투자를 증진 하도록 노력한다. 각 경우에 있어서, 체약국은 이들의 투자를 공평한 방법으로 취급하여야 한다.

(2) 일방 체약국의 국민과 회사에 의한 투자는 타방 체약국의 영토내에서, 그 투자의 소유와 관리가 전자 체약국의 국민과 회사에 속한다는 이유로서, 자국 국민 또는 회사의 투자 또는 제3국의 국민과 회사의 투자에 대하여 부여되는것 보다 불리한 대우를 받지 아니한다.

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE REPUBLIC OF KOREA

DESIRING to intensify economic co-operation between both States,

INTENDING to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State, and

RECOGNIZING that a contractual protection of such investments is apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

(1) Each Contracting Party shall endeavour to admit in its territory investments, in accordance with its laws and regulations framed thereunder, by nationals or companies of the other Contracting Party, and to promote such investments as far as possible. It shall treat, in each case, these investments in a fair and equitable manner.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall in the territory of the other Contracting Party not be subjected to treatment less favourable than that accorded to investments of its own nationals or companies or investments of nationals or companies of any third State on the ground that ownership or control of them is vested in nationals or companies of the former Contracting Party.

Artikel 2

Eine Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Betätigung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Zusammenhang mit deren Kapitalanlagen einschließlich der Verwaltung, Verwendung und Nutzung dieser Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als diejenige ihrer eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder der Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

제 2 조

어느 체약국도 그 영토내에서, 타방 체약국의 국민과 회사에 의한 투자와 관련하여, 그 투자의 경영, 이용 또는 향유를 포함하는 여하한 활동에 대하여도, 자국의 국민과 회사 또는 제3국의 국민과 회사에 부여되는것 보다 불리한 대우를 받게하지 아니한다.

Article 2

Neither Contracting Party shall in its territory subject activities in connection with investments made by nationals or companies of the other Contracting Party, including the management, use or enjoyment of such investments, to treatment less favourable than that accorded to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei dürfen nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung hinreichend Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage enteignet worden ist, nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an dort belegenen Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Zahlungen behandeln die Vertragsparteien die Ersuchen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als entsprechende Ersuchen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträgnisse von Kapitalanlagen.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder

제 3 조

(1) 어느 일방 체약국의 국민 또는 회사에 의한 투자도 타방 체약국의 영토내에서 완전한 보호와 안전을 향유한다.

(2) 어느 일방 체약국의 국민이나 회사의 투자도 타방 체약국의 영토내에서 공공의 이익을 위한 경우를 제외하고 또한 보상이 없이는 수용되지 아니한다. 이사한 보상은 수용된 투자와 동액이어야 하며, 실제로 환가할수 있는 동시에, 자유로 이전할수 있어야 하며, 또 부당한 지체없이 지어져야 한다. 이사한 보상을 결정하고 지급하기 위하여, 수용시 또는 그 전에 적절한 규정이 제정되어야 한다. 이사한 수용의 적법성과 보상액은 그 영토내에서 투자를 수용한 체약국의 법률의 정당한 절차에 의하여 재검토되는 것을 조건으로 한다.

(3) 타방 체약국의 영토내에서 전쟁이나 기타 무력충돌, 혁명, 국가비상 또는 폭동으로 인하여 그곳에 있는 투자의 손실을 받은 어느 일방 체약국의 국민이나 회사는, 상환, 배상, 보상 또는 기타의 금전적으로 가치있는 대가에 관하여 그 타방 체약국으로 부터 자국의 국민 또는 회사에게 부여하는것 보다 불리하지 아니한 대우를 받는다. 이사한 지불금의 이전에 관하여, 각 체약국은 타방 체약국 국민 또는 회사의 청구에 대하여, 제3국의 국민이나 회사가 행하는 대등한 청구에 대하여 부여하는것 보다 불리하지 아니한 대우를 부여한다.

(4) 상기 제1, 2및 3항의 규정은 투자의 수익에 대하여 동일하게 적용된다.

(5) 어느 일방 체약국의 국민이나 회사도 타방 체약국의 영토내에서 본조에 규정된 제반 사항에 관하여 최혜국민 대우를 향유한다.

Article 3

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) The investments of nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party shall not be expropriated except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall represent the equivalent of the investment affected; it shall be actually realizable, freely transferable, and shall be made without undue delay. Adequate provision shall have been made at or prior to the time of the deprivation for the determination and the giving of such compensation. The legality of any such deprivation and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law of the Contracting Party in whose territory the investment has been expropriated.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party who owing to war or other armed conflict, revolution, national emergency or revolt in the territory of the other Contracting Party suffer the loss of investments situate there, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. With respect to the transfer of such payments, each Contracting Party shall accord to the requests of nationals or companies of the other Contracting Party a treatment no less favourable than is accorded to comparable requests made by nationals or companies of any third State.

(4) The provisions of paragraphs 1, 2, and 3 above shall likewise apply to returns from investments.

(5) The nationals and companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured nation treatment in the

Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals, der Erträgnisse und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

(1) Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennnt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 4 sinngemäß.

(2) Jede Vertragspartei unterrichtet unverzüglich die andere Vertragspartei in schriftlicher Form, sobald sie eine Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei übernommen hat.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absätze 2, 3 oder 4, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtterritory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in the present Article.

제 4 조

어느 일방 체약국도 투자에 관하여, 타방 체약국의 국민과 회사에 대하여 자본과 그로 부터 나오는 수익의 이전을 보장하고 또 청산의 경우에 있어서는 그 청산으로 부터 나오는 귀실의 이전을 보장하여야 한다.

Article 4

Either Contracting Party shall in respect of investments guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the transfer of the capital, of the returns from it, and in the event of liquidation, of the proceeds from such liquidation.

제 5 조

어느 일방 체약국이 타방 체약국에서 행한 투자에 관하여 인수한 보장에 의하여 자국의 국민과 회사에 대하여 지불을 행하는 경우에는, 동 타방 체약국은 제11조에 의하여 전기 일방 체약국의 권리를 침해 함이 없이, 그 국민이나 회사의 권리 또는 명의를 전기 일방 체약국에게 이전하는 것과 또 전기 국민이나 회사의 권리와 동일한 범위내에서, 전기 일방 체약국이 행사할수 있는 권리 또는 명의 (양도된 이익)에 대한 전기 체약국의 대위권을 인정한다.
양도된 이익으로 말미암아 관계 체약국에게 행하여질 지불금의 이전에 관하여, 제3조 제2, 3, 4항과 또한 제4조가 준용된다.
(2) 어느 일방 체약국도, 타방 체약국의 영토내에서 행한 투자에 대하여 보증을 인수 하였을 때는, 부당한 지체없이 서면으로 동 타방 체약국에게 통지한다.

Article 5

(1) If either Contracting Party makes payment to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 11, recognize the transfer of any right or title of such nationals or companies to the former Contracting Party and the subrogation of the former Contracting Party to any such right or title (devolved interest) which the former Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to be made by virtue of the devolved interest to the Contracting Party concerned, paragraphs 2, 3, and 4 of Article 3 as well as Article 4 shall apply mutatis mutandis.

(2) Either Contracting Party shall, without undue delay, inform in writing the other Contracting Party whenever is has assumed a guarantee for an investment in the territory of the latter Contracting Party.

제 6 조

(1) 관계 당사자가, 투자가 소재하는 영토내의 체약국의 관계기관에 의하여 허용되는 별도의 약정을 맺지 않는 한, 제3조, 제2, 3, 4항과 제4조 또는 제5조에 의한 이전은 지체없이 행하여지며 아며, 또한 이전이 행하여지는 날의 정상 거래에 적용되는 환율에 의하여 행하여져야 한다.
(2) 정상 거래에 적용되는 환율이라 함은, 국제 통화 기금과 협의된 평가에 기초를 두어야 하며 국제 통화 기금 협정 규정 제4조 제3항에 의하여 허용되는 평가의 상하 한계내에 있어야 한다.
(3) 이전 일자에 상기 제2항이 규정하는 환율이 관계 체약국내에 실시되고 있지 않는 경우에는, 그 체약국이 이국"달라"화나 또는 기타 자유로이 교환되는 통화 또는 금과의 관계에서 자국의 통화가치를 정한 공정 환율이 적용된다. 그와 같은 환율이 없는 경우에는 자본이 투자된 영토내의 관계 당국에 공정하고 타당한 환율을 인정한다.

Article 6

(1) To the extent that those concerned have not made another arrangement admitted by the appropriate agencies of the Contracting Party in whose territory the investment is situate, transfers under paragraphs 2, 3 or 4 of Article 3, under Article 4 or Article 5 shall be made without undue delay and at the rate of exchange effective for current transactions on the day the transfer is made.

(2) The rate of exchange effective for current transactions shall be based on the par value agreed with the International Monetary Fund and shall lie within the margins above or below parity admitted under section 3 of Article IV of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.

(3) If at the date of transfer no rate of exchange within the meaning of paragraph 2 above exists in respect of the Contracting Party concerned,

liche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;

b) Anteilsrechte oder andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;

c) Ansprüche auf Geld oder auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen.

Eine Veränderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt sind, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträgnisse" bezeichnet diejenigen Beträge, die aus einer Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen erzielt werden.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Republik Korea:

Personen, die im Sinne des koreanischen Staatsangehö-

제 7 조

어느 일방 체약국의 법규 또는 본 조약 이외에 양 체약국간에 현존 하거나 또는 장후에 설정될 국제의무가 타방 체약국의 국민이나 회사의 투자에 대하여 본 조약에 의하여 규정되는 것보다 유리한 대우를 받을 권리가 있는 지위를 결코 부여하는 경우에는, 여사한 지위는 본 조약에 의하여 영향을 받지 아니한다. 어느 일방 체약국도 자국의 영토 내에서 타방 체약국의 국민이나 회사에 의한 투자에 관하여 그 체약국에 부담하는 기타 모든 의무를 준수하여야 한다.

제 8 조

(1) "투자"라 함은 모든 종류의 자산을 의미하며 특히적은 아니나 특히 다음에 열거된 것을 말한다.

가. 동산 및 부동산 그리고 저당권, 유치권, 질권, 용익권 및 이와 유사한 권리등 물에 대한 기타 권리

나. 주 또는 기타 종류의 회사 이익권

다. 금전 또는 경제적 가치가 있는 행위에 대한 권리증서

라. 저작권, 공업재산권, 기술공정권, 상표권 및 영업권

마. 공법에 의한 사업 면허권

자산이 투자되는 방식의 변경은 투자로서의 종별에 영향을 미치지 아니한다.

(2) "수익"이라 함은 특정한 기간내에 투자에 의하여 이룬 또는 이익으로서 얻어진 금액을 말한다.

(3) "국민"이라 함은

가. 대한 민국에 관하여는,

한국의 국적법에 따라서 대한 민국의 국민으로 간주되는 자를 말하며,

나. 독일 연방 공화국에 관하여는,

독일 연방 공화국의 기본법이 규정하는 독일인을 말한다.

the official rate fixed by such Contracting Party for its currency in relation to the US dollar or to another freely convertible currency or to gold shall be applied. If no such rate has been fixed, the appropriate agencies of the Contracting Party in whose territory the capital is invested shall admit a rate of exchange that is fair and equitable.

Article 7

If the laws and regulations of either Contracting Party or international obligations existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to the present Treaty, result in a position entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Treaty, such position shall not be affected by the present Treaty. Either Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments within its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 8

(1) The term "investment" shall comprise every kind of asset, and more particularly, though not exclusively,

a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens, pledges, usufructs, and similar right;

b) shares or other kinds of interest in companies;

c) titles to money or to any performance having an economic value;

d) copyrights, industrial property rights, technical processes, trade-names, and good will;

e) business concessions under public law.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment.

(2) The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment as profit interest for a specific period.

(3) The term "nationals" shall mean

a) in respect of the Republic of Korea: a person who is deemed to be a national of the Republic of Korea in accord-

rigkeitsgesetzes als Staatsangehörige der Republik Korea gelten;

b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Republik Korea:
jede juristische Person oder Gesellschaft oder Vereinigung, die im Hoheitsgebiet der Republik Korea eingetragen ist und nach deren Rechtsvorschriften rechtmäßig besteht, gleichviel ob ihre Haftung beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach deren Rechtsvorschriften rechtmäßig besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

ance with its Nationality Law;

b) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

(4) The term "companies" shall mean

a) in respect of the Republic of Korea: any juristic person or any company or association whether or not with limited liability and whether or not for a pecuniary profit, incorporated in the territory of the Republic of Korea and lawfully existing in accordance with its laws and regulations thereof;

b) in respect of the Federal Republic of Germany: any juristic person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality, having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany and lawfully existing consistent with legal provisions, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not its activities are directed at profit.

(4) "회사"라 함은

가. 대한민국에 관하여는,
책임이 유한인가 아닌가를 불문하고 또한 금전적 이익을 목적으로 하는 것인가 아닌가에 관계없이 대한민국의 영토내에서 설립되고 대한민국의 관계 법규에 따라서 합법적으로 존립하는 법인 또는 회사 또는 협회를 말한다.

나. 독일 연방 공화국에 관하여는,
법인격의 소유 여하를 막론하고 사원, 조합원 또는 회원의 유한인가 아닌가에 관계없이 독일 연방 공화국의 영토내에서 소재하고 그 법률 규정에 의거하여 합법적으로 존립하는 법인과 상사 및 기타 회사 또는 협회를 말한다.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

제 9 조

본 조약은 어느 일방 체약국의 국민과 회사가 본 조약의 효력발생 이전에 타방 체약국의 영토내에서 그 국가의 법률에 따라서 행한 투자에도 역시 적용된다. 본 규정은 1953 년 2 월 27 일의 독일의 대외 채무에 관한 협정에 영향을 미치지 아니한다.

Article 9

The present Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the latter's legislation. This provision shall not affect the Agreement of 27 February 1953 on German External Debts.

Artikel 10

Beide Vertragsparteien fördern durch Zusammenarbeit den gegenseitigen Austausch und die Nutzung wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse sowie die Entwicklung von Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere im Interesse der Produktivitätssteigerung und der Verbesserung des Lebensstandards in ihren Hoheitsgebieten.

제 10 조

각 체약국은 특히 그 영토내의 생산성을 증진하고 생활 수준을 향상시키기 위하여, 과학 및 기술에 관한 지식의 상호 교환과 이용 그리고 교육시설의 발전을 증진시킴에 있어서, 타방 체약국과 협력한다.

Article 10

Each Contracting Party shall cooperate with the other Contracting Party in furthering the interchange and use of scientific and technical knowledge and development of training facilities particularly in the interest of increasing productivity and improving standards of living in their territories.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

제 11 조

(1) 본 조약의 적용이나 해석에 관한 분쟁은 가능한 한 양 체약국의 정부에 의하여 해결되어야 한다.

Article 11

(1) Disputes concerning the interpretation or application of the present Treaty should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(2) 이와 같이 하여 분쟁이 해결되지 못하는 경우에는 어느 일방 체약국의 요청에 따라서 그 분쟁은 중재재판에 제출되어야 한다.

(3) 이사한 중재 재판은 매 개별적 사건마다 다음과 같이 구성된다. 즉, 각 체약국이 1명의 중재 재판관을 임명하고 이 2명이 그들의 중재 재판장으로서 두 체약국 정부에 의하여 임명될 제3국의 국민 1명에 대하여 합의한다. 이사한 중재 재판관은 어느 일방 체약국이 타방 체약국에게 그 체약국이 그 분쟁을 중재 재판에 제출하기를 원한다고 통고한 후 2개월 이내에, 또한 그 재판장은 3개월 이내에 임명되어야 한다.

(4) 상기 제3항에 명시된 기간이 준수되지 아니할 때에는, 어느 일방 체약국도 별도의 권계 약정이 없는 경우에는 국제 사법 재판소 소장으로 하여금 이에 필요한 임명을 하도록 의뢰할수 있다.

국제 사법 재판소 소장이 어느 일방 체약국의 국민이거나 또는 기타 사유로 인하여 상기 직무를 수행할수 없을 경우에는 부소장이 필요한 임명을 행한다. 부소장이 어느 일방 체약국의 국민이거나 또는 역시 상기 직무를 수행할수 없을 경우에는, 어느 일방 체약국의 국민이 아닌 자로서 서열 순위상 차위에 있는 국제 사법 재판소의 재판관이 필요한 임명을 행한다.

(5) 중재 재판은 과반수의 투표에 의하여 판결을 행한다. 그 판결은 구속력을 갖는다. 양 체약국이 별도의 합의를 하지 않는 한 양 체약국은 각국 중재 재판관의 비용과 중재 절차에 있어 그 변호인의 비용을 부담하며, 재판장과 관여 비용은 양 체약국이 동등하게 부담한다. 중재 재판은 비용에 관하여 별도의 규정을 정할수 있다. 양 체약국이 별도로 합의하지 아니하는 한, 중재재판의 절차에 관한 규정은 중재 재판 자신이 결정한다.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings: the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. Unless both Contracting Parties agree otherwise the arbitral tribunal shall determine its own rules of procedure.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen dieser Art werden unverzüglich nach der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung, jedoch spätestens ein Jahr danach, aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

제 12 조

본 조약의 제 규정은 체약국간에 충돌이 발생하는 경우에도 계속 효력을 갖는다. 단, 국제법의 일반 규정에 의하여 허용되는 일시적인 조치를 취하는 권리를 방해하지 않는다. 이와 같은 종류의 조치는 외교 관계가 다시 수립되건, 안되건의 여부에 관계없이 충돌이 사실상 종결된 후, 부당한 지체없이 늦어도 그 종결 후 1년 이내에 철회 되어야 한다.

Article 12

The provisions of the present Treaty shall remain in force also in the event of a conflict arising between the Contracting Parties, without prejudice to the right of taking such temporary measures as are permitted under the general rules of international law. Measures of this kind shall be repealed without undue delay after the date of the actual termination of the conflict but not later than one year thereafter, irrespective of whether or not diplomatic relations have been re-established.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Korea innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

제 13 조

본 조약은 독일 연방 공화국 정부가 본 조약의 효력 발생시부터 3개월 이내에 대한 민국 정부에 대하여 반대 선언을 하지 않는 한 "베르린"주에도 적용된다.

Article 13

The present Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Republic of Korea within three months from the entry into force of the present Treaty.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

제 14 조

(1) 본 조약은 비준되어야 하며, 비준서는 가능한 한 조속히 "본"에서 교환되어야 한다.

(2) 본 조약은 비준서 교환일로 부터 1개월 후에 효력이 발생한다. 본 조약은 10년간 효력을 가지며 그후는 본 조약이 종결되기 1년전에 어느 일방 체약국이 문서로서 효력의 종결을 통고하지 아니하는 한 무기한 효력을 가진다. 10년간의 효력기간 만료후에는, 일방 체약국이 1년전의 통고를 행함으로서 본 조약은 언제든지 종결할수 있다.

(3) 본 조약이 종결되기 전에 행한 투자에 관하여는, 제1조 내지 제13조의 제 규정은 본 협정의 종결일 부터 다시 15년간의 기간 동안 효력을 갖는다.

Article 14

(1) The present Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) The present Treaty shall enter into force one month after the day of exchange of the instruments of ratification It shall remain in force for a period of ten years and shall continue in force thereafter for an unlimited period except if denounced in writing by either Contracting Party one year before its expiration. After the expiry of the period of ten years the present Treaty may be denounced at any time by either Contracting Party giving one year's notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Treaty, the provisions of Articles 1 to 13 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of the present Treaty.

GESCHEHEN zu Seoul, am 4. Februar 1964, in sechs Urschriften, zwei in deutscher, zwei in koreanischer und zwei in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei Abweichungen zwischen den Wortlauten dieses Vertrages ist der englische Wortlaut maßgebend.

1964년 2월 4일 서울에서 독일어 2통, 한국어 2통, 그리고 영어 2통으로 6통을 작성하였으며, 각 원본은 동등히 정본이다. 본 조약의 어떠한 원본간에 이견이 있을 경우에는, 영어원본이 우선한다.

DONE at Seoul on February 4th, 1964, in six originals, two in the German, two in the Korean and two in the English languages, each text being equally authentic. In the event of a divergence between any of the texts of this Treaty the English text shall prevail.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Bünger

독일 연방 공화국을 위하여:
Bünger

For the
Federal Republic of Germany:
Bünger

Für die
Republik Korea:
Il Kwon Chung

대한 민국을 위하여:
Il Kwon Chung

For the
Republic of Korea:
Il Kwon Chung

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteil des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Die Vertragsparteien werden binnen einem Jahr nach Unterzeichnung des Vertrages Verhandlungen über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages aufnehmen, der unter anderem Regelungen folgender Angelegenheiten umfassen soll:

Einreise und Ausreise, vorübergehender und ständiger Aufenthalt, Ausweisungsschutz, Aufnahme und Ausübung wirtschaftlicher und beruflicher Tätigkeiten, Gründung von und Beteiligung an Unternehmen ohne kapitalmäßige Beschränkungen, Arbeitserlaubnisse für leitendes und technisches Personal, Schutz und Sicherheit der Person und des Vermögens, freier Zugang zu den Gerichten, Vertragsfreiheit, Erwerb von Grundstücks- und sonstigem Eigentum, Zulassung als Schiedsrichter.

(2) Zu Artikel 1

a) Zu Absatz 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages. Soweit ein Zulassungsverfahren für die Vornahme einer Kapitalanlage erforderlich ist, genießt diese Kapitalanlage diesen Schutz vom Zeitpunkt der Zulassung an. Jede Vertragspartei kann über diese Zulassung frei entscheiden.

b) Zu Absatz 2

Artikel 1 Absatz 2 findet keine Anwendung auf eine günstigere Behandlung, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages gewährt worden ist. Die Vertragsparteien werden jedoch ihre entsprechenden Rechtsvorschriften auf eine Behandlung, die nach Inkrafttreten dieses Vertrages gewährt wird, in Übereinstimmung mit Artikel 1 Absatz 2 anwenden.

(3) Zu Artikel 2

a) Als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 wird insbesondere angesehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions-

의 정 서

독일 연방 공화국과 대한민국간에 체결된 투자의 증진 및 상호 보호에 관한 조약을 조인함에 있어 아래에 서명한 전권 위원은 다시 동 조약의 불가분의 일부로 간주되는 다음 조항에 합의 하였다.

(1) 체약국은 본 협정이 조인된 후로 부터 1년 이내에 특히 다음 사항을 규정하는 거주 및 상업 활동에 관한 조약의 체결을 위한 교섭을 시작한다: 즉 출국 및 입국, 일시적 또는 항구적인 거주, 추방으로 부터의 보호, 기업 및 직업 활동의 선택과 운영, 자본에 관하여 제한없는 기업의 설립 및 참가, 경영자 및 기술자의 근로 허가, 신체와 재산의 보호와 안전, 법원의 자유로운 이용, 계약의 자유, 부동산과 기타 재산의 취득, 중재자 로서의 승인.

(2) 제1조 부칙

가. 제1항 부칙

일방 체약국의 법규에 의거하여 그 영토내에서 타방 체약국의 국민 또는 회사에 의하여 행하여진 투자는 본 조약의 완전한 보호를 향유한다. 투자를 행하기 위하여 도입 허가 절차가 필요한 한도까지 그와 같은 투자는 도입 허가가 부여되는 일자 부터 이 보호를 향유한다.

어느 일방 체약국도 이 도입 허가에 대하여 자유로이 결정할수 있다.

나. 제2항 부칙

제1조 제2항은 본 조약의 효력 발생 이전에 부여된 것보다 더 유리한 대우에 대하여는 적용되지 아니한다. 단, 체약국은 제1조 제2항의 규정에 의거하여 본 조약의 효력 발생 이후에 부여된 대우에 대하여 그들 각국의 법규를 적용한다.

(3) 제2조 부칙

가. 다음에 열거한 것은 특히 제2조에 규정된 불리한 대우로 간주된다:

원료 또는 보조 물자의 구매, 동력 또는 연료의 구매 또는 여하한 종류의 생산이나 운영

Protocol

On signing the Treaty concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions which should be regarded as an integral part of the present Treaty:

(1) The Contracting Parties will within one year after signing the present Treaty enter into negotiations concerning the conclusion of an establishment treaty which should, inter alia, make provision for the following matters:

entry and exit, temporary and permanent residence, protection from expulsion, the taking up and carrying on of business and professional activities, the foundation of, and participation in, enterprises without restriction as to capital; labour permits for managerial and technical staff, protection and security of persons and property, free access to courts, freedom to contract, acquisition of real estate and other property, admission as arbitrator.

(2) ad Article 1

a) ad paragraph 1

Investments made in accordance with the laws and regulations of a Contracting Party in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the present Treaty. To the extent that any admission procedures are required for making an investment, such investment shall enjoy this protection as from the date of the granting of the admission. Either Contracting Party may freely decide on this admission.

b) ad paragraph 2

Paragraph 2 of Article 1 does not apply to more favourable treatment granted before the entry into force of the present Treaty. The Contracting Parties shall, however, apply their respective laws and regulations, in accordance with paragraph 2 of Article 1, to any treatment granted after the entry into force of the present Treaty.

(3) ad Article 2

a) The following shall in particular be deemed treatment less favourable as referred to in Article 2:
restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of power or fuel, or of means of production or

und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

수단의 구매를 제한하는 것, 국내 또는 국외에서 생산품의 시장 판매를 저해하는 것과 또한 이와 유사한 효력을 갖는 조치, 단, 공공의 안전과 질서, 공중위생 또는 공중도덕을 위하여 취하여진 조치는 제2조의 의미내에서, 보다 불리한 대우로 간주되지 아니한다.

operation of any kind; impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed treatment less favourable within the meaning of Article 2.

b) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei besondere Bestimmungen treffen, die von der in Artikel 2 vorgesehenen Behandlung abweichen. Soweit solche besonderen Bestimmungen getroffen worden sind, findet Artikel 2 keine Anwendung. Diese besonderen Bestimmungen sind nur wirksam, wenn sie in der Zulassungsurkunde im einzelnen niedergelegt sind.

나. 자국의 국가 경제의 이익을 위하여 어느 일방 체약국도 타방 체약국의 국민 또는 회사의 투자를 허용함에 있어 제2조에 규정된 대우와 상이한 특정 조항을 둘수 있다. 여사한 성질의 특정 조항이 작성된 경우에는 제2조의 규정은, 그 범위내에서, 적용되지 아니한다.
효력이 발생할 여사한 특정 조항은 도입 허가서에 상세하게 규정되어야 한다.

b) In the interest of its national economy either Contracting Party may, in admitting an investment by nationals or companies of the other Contracting Party, make specific stipulations deviating from the treatment provided for in Article 2. If specific stipulations of that nature have been made the provisions of Article 2 shall, to that extent, not be applicable. Such specific stipulations to be effective, shall be made in detail in the document of admission.

c) Artikel 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

다. 제2조는 고용인의 입국, 체류 그리고 활동에 적용되지 아니한다.

c) Article 2 shall not apply to entry, sojourn, and activity as an employee.

(4) Zu Artikel 3 Absatz 2

Als Enteignung gilt jede Art einer durch hoheitliche Maßnahmen veranlaßten Entziehung von Vermögenswerten oder Rechten, die eine Kapitalanlage oder einen Teil einer Kapitalanlage darstellen, sonstige hoheitliche Maßnahmen, die einer Enteignung gleichkommen, sowie ferner Verstaatlichungen.

(4) 제3조 제2항 부칙

국가 권력의 행위로서, 투자를 형성하거나 또는 투자의 일부를 형성하는 자산이나 권리의 여하한 종류의 박탈도 수용으로 간주되며 또한 수용과 동등한 기타 국가 권력의 행위와 규유화 조치도 역시 수용으로 간주된다.

(4) ad Article 3 paragraph 2

Expropriation shall be deemed to be any kind of deprivation by acts of sovereign power of any asset or right which constitutes an investment or is a part thereof, as well as other acts of sovereign power which are tantamount to expropriation, and also measures of nationalization.

(5) Zu Artikel 4

a) In Abweichung von Artikel 4 kann sich jede Vertragspartei in der Zulassungsurkunde, oder falls eine solche nicht erforderlich ist, vor Einbringen von Vermögenswerten in eine Kapitalanlage in einer schriftlichen Vereinbarung das Recht vorbehalten, Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei Beschränkungen des Transfers zu unterwerfen. Jede Vertragspartei wird von solchen Beschränkungen nur Gebrauch machen, soweit dies ihre Zahlungsbilanz im Einzelfall erfordert. In jedem Falle wird jedoch mindestens der folgende Transfer gewährleistet:

(5) 제4조 부칙

가. 제4조와 달리, 어느 일방 체약국도 도입 허가서에서 또는 만약 여사한 허가서가 필요하지 않는 경우에는, 자산이 투자되기 이전에 작성된 서면 양해서에서, 이전에 대한 제한에 타방 체약국을 복종하게 할 권리를 유보할수 있다. 어느 일방 체약국도 그 지불 차인 잔고에 의하여 특수한 경우에 있어서도 아래와 같은 최소한의 이전이 보장되어야 한다.

(5) ad Article 4

a) In deviation from Article 4 either Contracting Party may in the document of admission or, if no such document of admission is required, in a written understanding reached before the assets are invested, reserve the right to subject nationals or companies of the other Contracting Party to restrictions of transfer. Either Contracting Party shall apply such restrictions only to the extent required in specific cases by its balance of payments. In any event, the following minimum transfers shall, however, be guaranteed:

aa) Kapital, das zum Zwecke einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei überwiesen, jedoch dort noch nicht angelegt worden ist, in voller Höhe;

가) 투자의 목적을 위한 것이나 아직 투자되지 아니하고 타방 체약국의 영토에 송금된 자본의 이전 전부,

aa) transfer of capital remitted to the territory of either Contracting Party for purposes of an investment but not yet invested, in full;

bb) Erträgnisse jährlich in Höhe von zwanzig Prozent des Wertes der Kapitalanlage im Zeitpunkt des Transfers;

나) 이전 일자 현재로 투자가치의 연간 20퍼센트 한도내에서 수익의 이전,

bb) transfer of returns to the extent of annually twenty per cent of the value of the investment as at the date of the transfer;

cc) im Falle der Liquidation jährlich zwanzig Prozent des Liqui-

다) 청산의 경우에 있어, 매년 청산 과실의 20퍼센트의 이전, 투자를 위하여 허가가 필요한 경우에 본 조항은 그와 같은 허가일자 이후 2년까지 적용되지 않는다.
상기 나)및 다)에 규정된 금액이 1년 이내에 이전되지 않는 한도내에 있어서 그후에 이전되지 않는 금액의 추가 이전을 체약국이 보장하여야 한다.

cc) transfer, in the event of liquidation, of annually twenty per

dationserlöses. In den Fällen, in denen eine Zulassung für eine Kapitalanlage erforderlich ist, findet diese Bestimmung erst zwei Jahre nach dem Zeitpunkt der Zulassung Anwendung.

Soweit die unter bb und cc genannten Beträge innerhalb eines Jahres nicht transferiert werden, gewährleisten die Vertragsparteien, daß die nicht transferierten Beträge in den folgenden Jahren zusätzlich transferiert werden können.

b) Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(6) Zu Artikel 5 Absatz 1

Der Eintritt in alle Rechte oder Ansprüche im Sinne des Artikels 5 umfaßt den Rechtsübergang sowohl kraft Gesetzes als auch durch Rechtsgeschäft.

(7) Zu Artikel 6 Absatz 1

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Erfüllung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(8) Zu Artikel 8 Absatz 1

Jede Vertragspartei kann im Einzelfall in der Zulassungsurkunde die Höhe des Kapitals, das in ihrem Hoheitsgebiet angelegt werden soll, festlegen und bestimmen, in welcher Form dieses Kapital anzulegen ist. Jede Vertragspartei kann nachprüfen, ob die angelegten Vermögenswerte nach Art und Wert denjenigen entsprechen, die in der Zulassungsurkunde aufgeführt sind. Ergeben sich hinsichtlich des Prüfungsergebnisses erhebliche Differenzen, so können die Vertragsparteien zum Zwecke der nochmaligen Überprüfung eine Gruppe von Sachverständigen ernennen.

(9) Zu Artikel 11

Artikel 11 schließt nicht aus, daß beide Vertragsparteien im Einzelfall vereinbaren, an Stelle des in Artikel 11 vorgesehenen Verfahrens den Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages anzurufen.

(10) Jede Vertragspartei wird diskriminierende Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung von Verkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die Kapitalanlagen

나. 제4조의 의미내에서 "청산"이라 함은 관계투자를 전부 또는 일부 모기일 목적으로 행하여진 처분을 도함하는 것으로 간주한다.

(6) 제5조 제1항 부칙

제5조의 대위 변제는 법률 또는 합법적인 처분에 의하여 행하여진 대위 변제를 의미한다.

(7) 제6조 제1항 부칙

이전 절차의 완료를 위하여 정상적으로 필요한 기간에 이전이 행하여진 경우에는 제6조 제1항의 의미내에서 이전이 "부당한 지체없이" 행하여진 것으로 간주한다. 이상한 기간은 관계 신청이 제출된 일자부터 시작되어 결코 2개월을 초과할 수 없다.

(8) 제8조 제1항 부칙

어느 일방 체약국도, 각각의 경우에 있어서, 도입 허가서에 그 영토내에서 투자될 자본의 금액을 규정하여야 하며, 또 이상한 자본이 투자되는 방식을 결정할수 있다. 어느 일방 체약국도 그와 같이 투자된 자산이 방식에 있어 일치하는지 또 허가서에 규정된 가치에 일치하고 있는 여부를 심사할수 있다. 심사의 결과에 관하여 현저한 차이가 발생할 경우에는, 체약국은 일단의 전문가를 임명하여 그 심사를 재심할수 있다.

(9) 제11조 부칙

제11조는 양 체약국이 각각의 경우에 있어 제11조에 규정된 절차 대신 본 조약의 해석이나 적용에 관한 분쟁을 결정하기 위하여 국제 사법 재판소에 의뢰할수 있다.

(10) 어느 일방 체약국도, 자유 경쟁의 원칙에 반하여, 본 조약의 의미내에서 투자를 목적하는 적하의 수송에 참여하는 타방 체약국의 수송업자를 저지 또는 방해하기 위한 차별적인 조치를 삼가하여야 한다. 이는 또 본 조약의 의미내에서 관계 체약국의 영토내에서 투자된 자본에 의하여 어느 일방 체약국 또는 제3국의 영토내에서 취득된 적하에 대하여도 역시 적용된다.

cent of the liquidation proceeds. Where an admission for an investment is required this stipulation shall not be applicable until two years after the date of such admission.

To the extent that the amounts referred to under bb and cc above have not been transferred within one year, additional transfer of the untransferred amounts in the years following thereafter shall be guaranteed by the Contracting Parties.

b) The term "liquidation" within the meaning of Article 4 shall be deemed to include any disposal effected for the purpose of completely or partly giving up the investment concerned.

(6) ad Article 5 paragraph 1

Subrogation in Article 5 means such subrogation as is effected by virtue of law or of legal transaction.

(7) ad Article 6 paragraph 1

A transfer shall be deemed to have been made "without undue delay" within the meaning of paragraph 1 of Article 6 if made within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

(8) ad Article 8 paragraph 1

Either Contracting Party may, in individual cases, lay down in the document of admission the amount of capital intended to be invested in its territory and may determine the form in which such capital shall be invested. Either Contracting Party may examine whether the assets so invested correspond in form and value to those referred to in the document of admission. When conspicuous differences arise as to the result of the examination the Contracting Parties may appoint a group of experts to reconsider the examination.

(9) ad Article 11

Article 11 does not exclude that both Contracting Parties agree in an individual case to invoke the International Court of Justice to decide a dispute concerning the interpretation or application of the present Treaty in lieu of the procedure provided for in Article 11.

(10) Either Contracting Party shall refrain from any discriminatory measures which, contrary to the principles of free competition, are designed to prevent or hinder carriers of the other Contracting Party from participating in the transport of goods that rep-

im Sinne dieses Vertrages darstellen, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Hilfe von Kapital angeschafft werden, welches im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

(11) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Seoul am 4. Februar 1964 in sechs Urschriften, zwei in deutscher, zwei in koreanischer und zwei in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei Abweichungen zwischen den Wortlauten dieses Protokolls ist der englische Text maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Bünger

Für die Republik Korea:
Il Kwon Chung

(11) 어떤 다른 국적 결정 방법을 방해함이 없이, 관계 체약국의 관계당국이 발행하는 여권을 소지하는 자는 특히 그 체약국의 국민으로 간주한다.

1964년 2월 4일 서울에서 독일어 2통, 한국어 2통, 그리고 영어 2통으로 6통을 작성하였으며, 각 원본은 동등히 정본이다. 본 의정서의 어떠한 원본간에 이견이 있을 경우에는, 영어 원본이 우선한다.

독일 연방 공화국을 위하여:
Bünger

대한 민국을 위하여:
Il Kwon Chung

resent an investment within the meaning of the present Treaty. This also applies to goods acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by means of the capital invested in the territory of the Contracting Party concerned within the meaning of the present Treaty.

(11) Without prejudice to any other method of determining nationality, any person shall in particular be deemed to be a national of a Contracting Party who is in possession of a national passport issued by the appropriate authorities of the Contracting Party concerned.

DONE at Seoul on February 4th, 1964, in six originals, two in the German, two in the Korean and two in the English languages, each text being equally authentic. In the event of a divergence between any of the texts of this Protocol the English text shall prevail.

For the
Federal Republic of Germany:
Bünger

For the
Republic of Korea:
Il Kwon Chung

Briefwechsel

1.

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Seoul

Seoul, den 18. Oktober 1963

Exzellenz!

Ich beehre mich zu bestätigen, daß während der in Bonn im Oktober/November 1962 geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen das folgende zusätzliche Einverständnis erzielt wurde:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in der Republik Korea zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Korea bereits vor dem Inkrafttreten eines Niederlassungsvertrages, über dessen Abschluß Verhandlungen vorgesehen sind, deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in die Republik Korea einreisen, sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen."

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bünger
(Botschafter)

Seiner Exzellenz
dem Außenminister der Republik Korea
Herrn KIM Yong Shik
Seoul

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Seoul

Seoul, den 18. Oktober 1963

Excellency:

I have the honour to confirm that during the negotiations conducted in Bonn in October/November 1962 for the conclusion of a Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments the following additional agreement was reached:

"Intending to facilitate and promote the making and development of investments by German nationals or companies in the Republic of Korea the Government of the Republic of Korea will, prior to the entry into force of an establishment treaty the negotiation of which has been provided for, grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies, desire to enter, to stay in the Republic of Korea and to carry on an activity there as an employee except in so far as reasons of public order or security or public health or morality in accordance with its laws and regulations may warrant otherwise."

I should be grateful to you if you would confirm this agreement.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Bünger
(Ambassador)

His Excellency KIM Yong Shik
Minister of Foreign Affairs
of the Republic of Korea
Seoul

외 무 부

1963. 10. 18.
서 울

각하:

본인은 다음과 같은 1963년 10월 18일자의 각하의 각서를 접수한것을 통지함을 영광으로 생각합니다.

"본인은 독일연방공화국과 대한민국간의 투자의 증진과 상호 보호에 관한 조약을 체결하기 위하여 1962년 10월부터 11월 사이에 "본"에서 교섭을 하는 동안 다음과 같은 부대 합의가 이루어졌음을 확인하는 것을 영광으로 생각합니다.

'대한민국정부는, 대한민국내에서 독일국인 또는 독일회사의 투자와 그 발전을 촉진하고 증진시키기 위하여 그 고삽이 규정되어 있는 확정조약이 발효하기 전에, 대한민국의 법규에 의거하여 공공질서, 공공안전, 공중위생 또는 공중도덕을 이유로 달리 인정하는 것을 제외하고, 독일국민 또는 독일회사의 투자와 관련하여, 대한민국내에 입국하고 체재하여 그곳에서 고용인으로서 활동하고저 하는 독일국민에게 필요한 허가를 부여한다.'

본인은 각하께서 본 합의를 확인하여 주시면 감사하겠습니다."

본인도 역시 각하의 각서에 포함된 합의를 확인함을 영광으로 생각합니다.

각하에 대하여 가장 본인의 지대한 경의를 표합니다.

김 용 식

외 무 부 장 관
김 용 식

주한 독일연방공화국 대사
칼 빙가 각하

Republic of Korea

Ministry of Foreign Affairs

Seoul, October 18, 1963

Excellency:

I have the honour to acknowledge the receipt of Your Excellency's note dated October 18, 1963, which reads as follows:

"I have the honour to confirm that during the negotiations conducted in Bonn in October/November 1962 for the conclusion of a Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Korea concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments the following additional agreement was reached:

'Intending to facilitate and promote the making and development of investments by German nationals or companies in the Republic of Korea the Government of the Republic of Korea will, prior to the entry into force of an establishment treaty the negotiation of which has been provided for, grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies, desire to enter, to stay in the Republic of Korea and to carry on an activity there as an employee except in so far as reasons of public order or security or public health or morality in accordance with its laws and regulations may warrant otherwise.'

I should be grateful to you if you would confirm this agreement."

I also have the honour to confirm the agreement contained in your note.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

Yong Shik Kim
Minister of Foreign Affairs

His Excellency
Mr. Karl Bünger
Ambassador of the Federal
Republic of Germany

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt oder durch Aufnahme von Anleihen auf dem Kapitalmarkt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Investitionen können besonders in Entwicklungsländern die vorhandenen Produktionsfaktoren aktivieren und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Erhöhung des Sozialprodukts und des Steueraufkommens sowie zur Entstehung einheimischer Industrien beitragen. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-koreanische Vertrag vom 4. Februar 1964 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiete und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 Abs. 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. In Ziffer 2 Buchstabe a des Protokolls erkennen beide Vertragsparteien ausdrücklich den Grundsatz an, daß Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrages genießen.

Artikel 1 Abs. 2 verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen. Nach Ziffer 2 Buchstabe b des Protokolls findet das Diskriminierungsverbot auf eine günstigere Behandlung, die vor Inkrafttreten des Vertrages gewährt worden ist, keine Anwendung.

Zu Artikel 2

Artikel 2 soll verhindern, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen sowie hinsichtlich der Verwaltung, der Verwendung oder der Nutzung ihrer Kapitalanlagen einer diskriminierenden Behandlung unterworfen werden. Nach Ziffer 3 des Protokolls können jedoch bei der Zulassung der Kapitalanlage besondere, von der in Artikel 2 vorgesehenen Behandlung abweichende Bedingungen vereinbart werden.

Zu Artikel 3

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig. Die Höhe der Entschädigung muß in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Ziffer 4 des Protokolls auch hoheitliche Maßnahmen, die einer Enteignung gleichzusetzen sind, und Verstaatlichungen. Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden erleiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattungen oder Entschädigungen Inländerbehandlung; hinsichtlich des Transfers von Entschädigungen genießen sie Meistbegünstigung. Nach Absatz 4 gelten diese Grundsätze auch für die Erträgnisse von Kapitalanlagen.

Absatz 5 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des Kapitals, seiner Erträgnisse und im Falle der Liquidation des

Liquidationserlöses. Dieser Grundsatz unterliegt in bezug auf Korea nach Ziffer 5 Buchstabe a des Protokolls gewissen Einschränkungen, falls sie mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz erforderlich sind; es ist jedoch die Überweisung bestimmter Mindestbeträge in jedem Fall sichergestellt. Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt nach Ziffer 5 Buchstabe b des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in Korea vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Ziffer 6 des Protokolls stellt klar, daß der Eintritt in alle Rechte oder Ansprüche im Sinne des Artikels 5 den Rechtsübergang sowohl kraft Gesetzes als auch durch Rechtsgeschäft umfaßt.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich zu erfolgen haben, und zwar zu dem Kurs, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Dabei ist die im Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zugelassene Schwankungsbreite oberhalb und unterhalb der Parität zu berücksichtigen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Gemäß Ziffer 7 des Protokolls gilt ein Transfer als „unverzüglich" durchgeführt, wenn er innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist, die jedoch unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten darf.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen dar.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Ausdrücke „Kapitalanlage", „Erträgnisse", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften" definiert.

Nach Ziffer 8 des Protokolls kann jede Vertragspartei im Einzelfall in der Zulassungsurkunde bestimmen, in welcher Höhe und in welcher Form Kapital anzulegen ist. Falls sich in der Kapitalanlage erhebliche Abweichungen von den Bestimmungen der Zulassungsurkunde ergeben, können die Vertragsparteien zwecks Überprüfung eine Gruppe von Sachverständigen ernennen.

Zu Artikel 9

Artikel 9 legt fest, daß die Bestimmungen des Vertrages auch für solche Kapitalanlagen gelten, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

In Artikel 10 vereinbaren die Vertragsparteien im Interesse der Verbesserung des Lebensstandards die Förderung der technischen Zusammenarbeit.

Zu Artikel 11

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Nach Ziffer 9 des Protokolls können die Vertragsparteien im Einzelfall auch vereinbaren, den Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Vertrages anzurufen.

Zu Artikel 12

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Schutz von Kapitalanlagen auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Zulässig bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel 13

Der Vertrag enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Ver-

längerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere fünfzehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in elf Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrag. Abgesehen von den unter den Artikeln 1—6, 8 und 11 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es

in Ziffer 1 eine Absichtserklärung über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages,

in Ziffer 3

Buchstabe c eine Klarstellung dahingehend, daß die Nichtdiskriminierungsbestimmungen des Artikels 2 nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer Anwendung finden. Für deutsche Staatsangehörige gilt insoweit der Briefwechsel,

in Ziffer 10 Bestimmungen, die die Grundsätze des freien Wettbewerbs für die Beteiligung der Verkehrsunternehmen an der Beförderung von Kapitalanlagegütern im Sinne dieses Vertrages festlegen,

in Ziffer 11 eine Bestimmung über die Vermutung der Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person.

Zu dem Briefwechsel

Der Briefwechsel enthält eine Vereinbarung hinsichtlich der Einreise, des Aufenthalts und der Tätigkeit von deutschen Staatsangehörigen im Hoheitsgebiet der Republik Korea im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.

Bo 612038 2. 66